

Band 1:	Johannes Rakers, Kommunale Verschuldung	42,—
Band 3:	Thomas Hahn, Standort-Entscheidung unter Unsicherheit	39,—
Band 4:	Johann-Peter Thielenhaus, Strategische Personalentwicklungsplanung	68,—
Band 5:	Friedrich Lutz, Das Beratungsteam	59,—
Band 6:	Alexander Dehmel, Die besondere Stellung des US-Dollars	29,—
Band 7:	Otmar Seibert, Regionale Einkommensparitäten in der Bundesrepublik Deutschland	58,—
Band 8:	Adolf Rosenstock, Der Realzins	38,—
Band 9:	Heinz-Jürgen Crössmann, Entscheidungsverhalten auf unvollkommenen Märkten	57,—
Band 10:	Richard Bopp, Europäische Aufsicht über Kreditinstitute	48,—
Band 11:	Herbert Runow, Zur Theorie und Messung der Verbraucherzufriedenheit	67,—
Band 12:	Horst-Heinrich Koch, Die Verrechtlichung der regionalen Wirtschaftspolitik und ihre ökonomische Basis	69,—
Band 13:	Hans-Peter Steinmetz, Die Koordinationsfunktion der Gemeinschafts- aufgabe „Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur“ – Anspruch und Wirklichkeit –	72,—
Band 14:	Michael Hopf, Informationen für Märkte und Märkte für Informationen	56,—
Band 15:	Christine Bechtle, Die Sicherung der Führungsnachfolge in der Familienunternehmung	45,—
Band 16:	Rolf Günther, Markteintritt und Wettbewerbsverhalten in der Automobilindustrie	47,—

Reimnitz · Der deutsche Eigenkapitalbegriff
als Qualitätsbegriff

OIKOS · Studien zur Ökonomie · Band 29
Herausgegeben von Dr. Stephan M. Hess

Christoph Reimnitz

Der deutsche Eigenkapitalbegriff als Qualitätsbegriff

Eine grundlegende Analyse des § 10 KWG
vor dem Hintergrund internationaler
Harmonisierungsbestrebungen

Springer Fachmedien Wiesbaden GmbH

Die Deutsche Bibliothek – CIP-Einheitsaufnahme

Reimnitz, Christoph Karl Friedrich:

Der deutsche Eigenkapitalbegriff als Qualitätsbegriff: eine grundlegende Analyse des § 10 KWG vor dem Hintergrund internationaler Harmonisierungsbestrebungen / von Christoph Karl Friedrich Reimnitz. – Wiesbaden: Gabler, 1992 (Oikos, Band 29)

Zugl.: Frankfurt (Main), Univ., Diss., 1991

ISBN 978-3-409-14799-6

NE: GT

Der Gabler Verlag ist ein Unternehmen der Verlagsgruppe Bertelsmann International.

© Springer Fachmedien Wiesbaden 1992

Ursprünglich erschienen bei Betriebswirtschaftlicher Verlag Dr. Th. Gabler GmbH, Wiesbaden 1992



Das Werk einschließlich aller seiner Teile ist urheberrechtlich geschützt. Jede Verwertung außerhalb der engen Grenzen des Urheberrechtsgesetzes ist ohne Zustimmung des Verlags unzulässig und strafbar. Das gilt insbesondere für Vervielfältigungen, Übersetzungen, Mikroverfilmungen und die Einspeicherung und Verarbeitung in elektronischen Systemen.

Höchste inhaltliche und technische Qualität unserer Produkte ist unser Ziel. Bei der Produktion und Verbreitung unserer Bücher wollen wir die Umwelt schonen: Dieses Buch ist auf säurefreiem und chlorarm gebleichtem Papier gedruckt. Die Einschweißfolie besteht aus Polyäthylen und damit aus organischen Grundstoffen, die weder bei der Herstellung noch bei der Verbrennung Schadstoffe freisetzen.

Die Wiedergabe von Gebrauchsnamen, Handelsnamen, Warenbezeichnungen usw. in diesem Werk berechtigt auch ohne besondere Kennzeichnung nicht zu der Annahme, daß solche Namen im Sinne der Warenzeichen- und Markenschutz-Gesetzgebung als frei zu betrachten wären und daher von jedermann benutzt werden dürften.

ISBN 978-3-409-14799-6

ISBN 978-3-663-13598-2 (eBook)

DOI 10.1007/978-3-663-13598-2

Vorwort

Obwohl man glauben mag, daß es leicht ist, zwischen „Mein“ und „Dein“ zu unterscheiden, ist es meist schwierig, zwischen Eigenkapital und Fremdkapital eine klare Trennung zu vollziehen. Hinzu kommt, daß in den letzten Jahren – sowohl international als auch national – eine Reihe von Eigenkapital- bzw. Fremdkapital-Surrogaten mit der Intention entwickelt wurden, diesen Unterschied weiter zu verwischen.

Da das deutsche Recht im wesentlichen ein kodifiziertes Recht ist, hat sich der Eigenkapitalbegriff in den letzten Jahren und Jahrzehnten nicht mit der manchmal modischen Entwicklung von Eigenkapital-Definitionen und Eigenkapital-Surrogaten mitentwickelt. Das im Gesetz definierte Eigenkapital blieb somit weitgehend das, was es schon immer war, und Surrogate werden auch als solche betrachtet. Dies erweist sich zumindest dann als Vorteil, wenn man den Begriff des Eigenkapitals möglichst eng fassen und definieren will.

Spricht man in bezug auf Eigenkapital von „Qualität“, so meint man in der Regel die ausreichende Haftbasis dieses Eigenkapitals für die dem Unternehmen inhärenten Risiken. Schreibt man eine feste Ausstattung mit einem restriktiv definierten Eigenkapital vor – so wie dies in regulierten Industrien und vor allem im deutschen Bankgewerbe der Fall ist –, erreicht man meist eine besonders hohe „echte“ Eigenkapitalausstattung des Unternehmens, zumindest im Vergleich zur großzügiger definierenden Konkurrenz im Ausland. Diese wiegt in einer Zeit, in der die Bankenlandschaft weltweit in Bewegung und ins Gerede gekommen ist, besonders schwer. Sie macht aber auch eine Harmonisierung recht schwierig, weil entweder die Qualität geopfert wird, oder aufwendige und kurzfristig recht teure Kapitalerhöhungen durchgeführt werden müssen.

Die Bedeutung des strikten Eigenkapitalbedarfs für das Bankwesen in Deutschland zeigt Christoph Reimnitz in seiner Arbeit auf und erbringt damit einen Beleg für die Solidität der deutschen Kreditinstitute. Seine Überlegungen stellen einen wichtigen Beitrag zur Unterstützung der internationalen Harmonisierungsbestrebungen dar und könnten eine Basis für eine sachlich geführte Diskussion bilden.

VII

INHALTSVERZEICHNIS

**Der deutsche Eigenkapitalbegriff als Qualitätsbegriff
- Eine grundlegende Analyse des § 10 KWG vor dem Hintergrund internationaler
Harmonisierungsbestrebungen**

Abkürzungsverzeichnis

A. Einleitung	1
B. Die Bedeutung des Eigenkapitals der Banken	4
1. Funktionen des Eigenkapitals	4
1.1 Betriebswirtschaftliche Funktionen des Eigenkapitals	5
1.2 Bankaufsichtsrechtliche Funktionen des Eigenkapitals	5
2. Die gesetzliche Bestimmung des Eigenkapitals in § 10 KWG	7
2.1 Historische Entwicklung der Eigenkapitalvorschriften	9
2.2 Darstellung der in § 10 KWG verwendeten Eigenkapitalkomponenten	11
2.2.1 Das eingezahlte Kapital	12
2.2.2 Rücklagen	13
2.2.3 Reingewinn	13
2.2.4 Genußrechtskapital	13
2.2.5 Haftsummenzuschlag der Kreditgenossenschaften	15
2.2.6 Anrechenbares freies Vermögen	16
2.2.7 Stille Gesellschaft	17
2.3 Vom Eigenkapital abzuziehende Positionen	17

VIII

Inhaltsverzeichnis

2.4	Andere mögliche Eigenkapitalkomponenten	18
2.4.1	Vorzugsaktien	19
2.4.2	Stille Reserven	19
2.4.2.1	Stille Reserven nach § 340 f HGB	20
2.4.2.2	Neubewertungsreserven	22
2.4.3	Sonderposten mit Rücklagenanteil	24
2.4.4	Sonderposten für allgemeine Bankrisiken	24
2.4.5	Pauschalwertberichtigungen	25
2.4.6	Nachrangige Verbindlichkeiten	26
2.4.7	Gewährträgerhaftung der öffentlich-rechtlichen Kreditinstitute	28
2.5	Andere möglicherweise vom Eigenkapital abzuziehende Positionen	29
2.5.1	Abzug von Beteiligungen an Kreditinstituten	30
2.5.2	Abzug immaterieller Vermögensgegenstände	31
2.5.3	Abzug von im eigenen Bestand befindlichen nachrangigen Verbindlichkeiten	31
2.6	Zwischenergebnis	31
2.7	Wettbewerbspolitische Nebeneffekte durch einheitliche Festschreibung des Eigenkapitals im KWG	32
2.8	Eigenkapital als Mindestkapital	33
2.9	Eigenkapital als Bezugsgröße aufsichtsrechtlicher Strukturnormen	34
2.10	Folgen unzureichender Eigenkapitalausstattung	35
3.	Die Kosten des Eigenkapitals	36
4.	Die Bedeutung des Eigenkapitals im Gesellschaftsrecht	39

IX

Inhaltsverzeichnis

5. Auswirkungen des Steuerrechts auf das Eigenkapital	40
6. Bedeutung des Eigenkapitals auf das "Standing" bei Kreditinstituten	41

C. Der Eigenkapitalbegriff als Gegenstand internationaler Harmonisierungsbestrebungen im Rahmen des Bankenaufsichtsrechts	43
1. Die Rolle des Eigenkapitals bei einer zunehmenden Internationalisierung des Bankgeschäfts	43
1.1 Das Internationale Bankgeschäft	43
1.2 Die Zunahme des Bankenwettbewerbs und die Entstehung von Wettbewerbsverzerrungen	45
1.3 Die Notwendigkeit grenzüberschreitender aufsichtsrechtlicher Regelungen	46
2. Grenzüberschreitende Initiativen der Bankaufsichtsbehörden	48
3. Die bedeutenden internationalen Harmonisierungsbestrebungen zur Schaffung eines einheitlichen Eigenkapitalbegriffs	50
3.1 Das "Joint-Paper" der US Federal Reserve Bank und der Bank of England	51
3.1.1 Der gesetzliche Eigenkapitalbegriff in den USA und Großbritannien	51
3.1.2 Die aufsichtsrechtliche Zielsetzung der bilateralen Vereinbarung	52
3.1.3 Definition der Eigenmittel	53
3.1.4 Implementierung und aufsichtsrechtliche Bedeutung	54
3.2 Die Eigenkapitalempfehlung des Cooke-Komitees bei der Bank für internationalen Zahlungsausgleich (BIZ)	55
3.2.1 Zielsetzung der Eigenkapitalempfehlung	57
3.2.2 Die Ausgestaltung des Eigenkapitalbegriffs	57
3.2.2.1 Das Kernkapital	58
3.2.2.2 Das ergänzende Eigenkapital	59
3.2.2.3 Die Zerteilung des Eigenkapitals	62
3.2.3 Implementierung auf nationaler Ebene	63

XI

Inhaltsverzeichnis

3.2.4	Die Maßnahmen des Bundesaufsichtsamtes für das Kreditwesen	65
3.3	Die Eigenmittelrichtlinie der Europäischen Gemeinschaft	66
3.3.1	Rechtsgrundlagen der europäischen Bankrechtsharmonisierung	67
3.3.2	Richtlinien der EG zum Bankenrecht	68
3.3.2.1	Die erste Bankrechtskoordinierungsrichtlinie	68
3.3.2.2	Die Konsolidierungsrichtlinie	69
3.3.2.3	Die Bankbilanzrichtlinie	70
3.3.2.4	Die zweite Bankrechtskoordinierungsrichtlinie	70
3.3.2.5	Richtlinie über einen Solvabilitätskoeffizienten	73
3.3.3	Die Eigenmittelrichtlinie	73
3.3.3.1	Die Zielsetzung der Richtlinie	75
3.3.3.2	Die Basiseigenmittel	77
3.3.3.3	Die ergänzenden Eigenmittel	77
3.3.3.4	Abzüge vom Eigenkapital	80
3.3.4	Eigenmittelrichtlinie und Eigenkapitalempfehlung des Cooke-Komitees	80
3.3.5	Die Position der deutschen Delegation bei den EG-Beratungen zur Eigenmittelrichtlinie	81
3.3.6	Transformationserfordernis der Eigenmittelrichtlinie	82

XII

Inhaltsverzeichnis

D. Der deutsche Eigenkapitalbegriff im Zuge der internationalen Entwicklungen - Ein Qualitätsbegriff -	84
1. Handlungsbedarf des deutschen Gesetzgebers § 10 KWG auf Grund der internationalen Harmonisierungsbestrebungen zu novellieren	85
2. Bandbreite für eine Novellierung des deutschen Eigenkapitalbegriffs	87
2.1 Der strengste in Deutschland mögliche Eigenkapitalbegriff unter Berücksichtigung der der Eigenmittelrichtlinie der EG	88
2.2 Der weiteste in Deutschland mögliche Eigenkapitalbegriff unter Berücksichtigung der Eigenmittelrichtlinie der EG	89
2.2.1 Fonds für allgemeine Bankrisiken	90
2.2.2 Neubewertungsreserven	91
2.2.3 Zwischenergebnis	92
3. Die Bedeutung wettbewerbsneutraler Eigenkapitalnormen	93
3.1 Harmonisierung durch Mindeststandards und der wettbewerbsneutrale Ausgestaltung der nationalen Eigenkapitalnormen	94
3.2 Wettbewerb der Rechtsordnungen	97
4. Eine Erweiterung des deutschen Eigenkapitalbegriffes und die damit verbundenen Probleme der Bankenaufsicht	98
5. Spannungsfeld zwischen Sicherungsbelangen und Wettbewerbsfähigkeit	100
5.1 Stille Reserven nach § 340 f HGB	101
5.2 Sonderposten für allgemeine Bankrisiken nach § 340 g HGB	101
5.3 Nachrangige Verbindlichkeiten	102
5.4 Neubewertungsreserven	102
5.5 Pauschalwertberichtigungen	103
5.6 Zwischenergebnis	103

XIII

Inhaltsverzeichnis

6. Grenzen einer restriktiven Eigenkapitalbestimmung für den deutschen Gesetzgeber	104
7. Der Regierungsentwurf einer vierten KWG-Novelle	105
7.1 Inhalt des Entwurfs	105
7.1.1 Kernkapital	105
7.1.2 Ergänzungskapital	106
7.1.3 Abzüge vom Eigenkapital	108
7.2 Würdigung des Entwurfs	109
7.2.1 Zusätzliche Eigenkapitalbestandteile und -abzüge nach dem Diskussionsentwurf zur vierten KWG-Novelle	110
7.2.2 Eigenkapitalbestandteile, die nicht im Diskussionsentwurf Berücksichtigung gefunden haben	112
7.2.2.1 Neubewertungsreserven	112
7.2.2.2 Pauschalwertberichtigungen	117
7.2.2.3 Freies Vermögen des Inhabers oder der persönlich haftenden Gesellschafter von Kreditinstituten	118
8. Die Vorzüge eines strengeren Eigenkapitalbegriffs	119
9. Zusammenfassende Schlußbemerkung	120
- Der deutsche Eigenkapital-Begriff, ein Qualitätsbegriff -	

XIV

Inhaltsverzeichnis

Anhang I

Internationale Konvergenz der Eigenkapitalmessung und Eigenkapitalanforderungen (auszugsweise)	123
---	------------

Anhang II

Richtlinie des Rates vom 17. April 1989 über die Eigenmittel von Kreditinstituten	130
--	------------

Literaturverzeichnis	143
-----------------------------	------------

Abkürzungsverzeichnis

a.a.O.	am angegebenen Orte
ABl.	Amtsblatt der Europäischen Gemeinschaften
Abs.	Absatz
AGBG	Gesetz zur Regelung des Rechts der Allgemeinen Geschäftsbedingungen
AktG	Aktiengesetz
Anm.	Anmerkung
Art.	Artikel
Aufl.	Auflage
Bank	Die Bank (Zeitschrift)
BB	Der Betriebsberater (Zeitschrift)
Bd.	Band
BGBI.	Bundesgesetzblatt
BGH	Bundesgerichtshof
BI	Bankinformation (Zeitschrift)
BT	Bundestag
BZ	Die Börsenzeitung
bzw.	beziehungsweise
d.h.	das heißt
DBW	Die Betriebswirtschaft (Zeitschrift)
Diss.	Dissertation
EG	Europäische Gemeinschaften
EStG	Einkommensteuergesetz
EuZW	Europäische Zeitschrift für Wirtschaft
EWG	Europäische Wirtschaftsgemeinschaft

XVI

Abkürzungsverzeichnis

EWGV	Vertrag zur Gründung der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft
f.	folgende
ff.	fortfolgende
FRB	Federal Reserve Board of New York
GenG	Genossenschaftsgesetz
GG	Grundgesetz
GmbH	Gesellschaft mit beschränkter Haftung
HB	Handelsblatt
HGB	Handelsgesetzbuch
Hrsg.	Herausgeber
IFK	Institut für Kreditwesen, der Westfälischen Wilhelms-Universität
i.V.m.	in Verbindung mit
IFK	Institut für Kreditwesen, Westfälische Wilhelms-Universität Münster
JZ	Juristenzeitung
Kreditwesen	Zeitschrift für das gesamte Kreditwesen
KStG	Körperschaftsteuergesetz
KWG	Kreditwesengesetz
Nr.	Nummer
NVwZ	Neue Verwaltungszeitschrift
ÖBA	Österreichisches Bankarchiv (Zeitschrift)
OECD	Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung
RGBl.	Reichsgesetzblatt
Rz.	Randziffer
s.o.	siehe oben

XVII

Abkürzungsverzeichnis

Sp.	Spalte
s.u.	siehe unten
SZ	Süddeutsche Zeitung
u.a.	unter anderem
v.	von
Vgl.	Vergleiche
VO	Verordnung
Vol.	Band
WM	Wertpapiermitteilungen
ZBB	Zeitschrift für Bankrecht und Bankwirtschaft
ZfB	Zeitschrift für Betriebswirtschaft
ZHR	Zeitschrift für das gesamte Handels- und Wirtschaftsrecht
Ziff.	Ziffer
ZIP	ZIP Zeitschrift für Wirtschaftrecht